

PRAXIS DER ERWACHSENENBILDUNG

Politische Bildung im Dialog

Die DGB-Bundesschule Hochkamp hat ihr Jahresprogramm wiederum mit einer Tagung zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit eingeleitet. Zu Jahresbeginn, und zwar vom 2. bis zum 6. Januar 1967, trafen sich 28 Dozenten, Schulleiter und Organisatoren der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit zur Konferenz, die zu dem allgemeinen Thema: „Psychologie und Methodik des Lehrens und Lernens“ veranstaltet worden ist.

Das Programm der Gesprächsrunde hatte gegenüber früher einen etwas veränderten Charakter. Neben der didaktischen Aufbereitung des Lehrstoffes und der Diskussion über Methoden des Lehrens und Lernens sollten auch Sachinformationen zu aktuellen politischen Fragen vermittelt werden. Die Tagesordnung sah deshalb ein Gespräch vor über:

1. Mitbestimmung — eine Forderung unserer Zeit,
2. Jugend und Politik in der deutschen Gegenwart,
3. Nationalismus und Demokratie — Versuch einer Struktur- und Wirkungsanalyse rechtsradikaler Gruppierungen.

Im folgenden einige Stichworte über den Inhalt der Gespräche.

Zum ersten Thema entwickelte *F.-W. Dörge*, Akademie für Wirtschaft und Politik, Hamburg, an Hand eines seiner bekannten wirtschafts- und sozialpolitischen Unterrichtsmodelle¹⁾ die systematische Gliederung des Stoffes. Zu unterscheiden sei bei der Erläuterung des Sachzusammenhanges nach a) einer Grundsatzdebatte zur Mitbestimmung und b) der Analyse von inzwischen verwirklichten Mitbestimmungsformen.

Dem Einstieg in das Thema, der durch Vortragen konträrer Stellungnahmen oder durch den Bezug zur betrieblichen Situation erfolgen könne, solle die Frage nach der Entstehung des Problems folgen. Darauf eingehend ergebe sich ein historischer Rückblick, der die Lösung des Problems der Disposition in der seither geübten Weise beleuchte, nämlich durch Übertragung der ausschließlichen Entscheidungsbefugnisse auf Vertreter des Kapitals.

Welche Entscheidungen seien überhaupt zu treffen? Einmal handele es sich um Entscheidungen in den Betrieben und zum anderen um Entscheidungen zwischen den Betrieben. Die Frage sei: wann und wo können wirtschaftliche

Einrichtungen, wie der Markt, Steuerungsfunktionen zwischen den Betrieben übernehmen oder inwieweit muß eine Rahmenplanung gesetzliche Ziele verwirklichen? Wünschenswertes Ziel der Wirtschaftspolitik ist nach wie vor die stetige Steigerung des Wohlstandes, die einhergehen müsse mit Gerechtigkeit, Freiheit und Sicherheit.

Gewerkschaften werden unter den gerade geschilderten Voraussetzungen gruppenliberale Mitträger und Mitgestalter einer durch Rahmenplan gesteuerten Marktwirtschaft sein und außergewöhnliche Verantwortung übernehmen, was heißt, daß ihre Autonomie zwar voll erhalten bleibe, jedoch durch Mitbestimmen aus eigenem Willen eingeschränkt werde. Die wirtschaftliche Mitbestimmung in der Bundesrepublik Deutschland vollzieht sich sowohl durch betriebs- und unternehmensinterne Einrichtungen als auch durch die gewichtige, von den Gewerkschaften und den Arbeitgebern bestimmte Tarifpolitik.

Ober die Jugend und ihr Verhältnis zur Politik in der deutschen Gegenwart referierte Prof. Dr. *W. Jaide*, Pädagogische Hochschule Hannover. Seinem Vortrag lagen im wesentlichen seine bekannten Erhebungen zugrunde, über die auch in dieser Zeitschrift schon mehrfach berichtet worden ist.

Den Versuch einer Struktur- und Wirkungsanalyse rechtsradikaler Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland machte Dr. *D. Kappe*, Akademie für Wirtschaft und Politik Hamburg. Es wurde darin untersucht, ob und inwieweit die Bevölkerung unseres Landes nationalistische Parolen aufnehme und wie rechtsradikale Kräfte sich politisch ausweisen. Besondere Wirkkraft für den Kampf gegen den Rechtsradikalismus liege in der politischen Bildungsarbeit. Ihr komme die Aufgabe zu, Jugendlichen und Erwachsenen die Vorzüge demokratischer Lebensformen zu erläutern und Verständnis für die relative Unordnung sowie für die Zeit- und Energieverschwendungen im demokratischen Prozeß der Willensbildung zu wecken, damit Demokratie, ihrer Vorzüge wegen, anderen politischen Systemen bewußt vorgezogen werde.

Der Rechtsradikalismus äußere sich im wesentlichen durch:

1. Elite- und Sendungsbewußtsein,
 2. Antiparlamentarismus,
 3. Ablehnung der pluralistisch verfaßten Gesellschaft,
 4. Ablehnung des Individualismus,
 5. Intoleranz in allen Fragen der öffentlichen Moral und
 6. Nationalismus und Autarkie-Denken.
- Zu diesem Thema entwickelte sich eine besonders angeregte Diskussion.

Heinz Eckert

1) Fr.-Wilh. Dörge, Manfred Schmidt „Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betriebe“, C. W. Leske Verlag, Opladen.